

## Pressemitteilung vom 07.11.2009

### Thema: Neue Bahnstadt Opladen - Haushaltsverfügung des Regierungspräsidenten

#### Die Position der Freien Wähler OWG-UWG

1. Bei der Bahnstadt Opladen handelt es sich um ein Projekt von größter gesamtstädtischer Bedeutung, das in seiner Gesamtheit stadtentwicklungspolitisch aus unserer Sicht unumstößlich ist.
2. Überzeugende Gründe für eine Verschiebung der Haushaltsplanberatungen sind der Haushaltsverfügung des RP nicht zu entnehmen; deshalb fordern wir, dass der städtische Haushalt auf der Sitzung des Rates am 14.12.2009 verabschiedet wird. Sollte es in der Folgezeit in Zusammenhang mit der Neuen Bahnstadt zu neuen Erkenntnissen kommen, so können Änderungen im Rahmen eines Nachtragshaushaltes beschlossen werden. Hierdurch wird sogar die Kostentransparenz in Sachen Bahnstadt deutlicher, zum Beispiel auch in Hinblick auf mögliche zu streichende oder zu verschiebende andere Projekte.
3. Wir fordern, dass nunmehr wirklich alle Zahlen und Fakten bezüglich der zu erwartenden Kosten in Zusammenhang, insbesondere mit Bahnstadt West, offengelegt (Stand heute) und alle möglichen Szenarien dargestellt werden. Wir erwarten eine umfassende Information der Bürgerschaft zu dem Thema noch vor der Sitzung des Rates am 14.12.2009.
4. Zudem weisen wir darauf hin, dass wir eine umfassende Bürgerbeteiligung wünschen und je nach Entwicklung der Situation einen Bürgerentscheid (§ 26 GO NRW) fordern werden. Es ist naheliegend, dass alle Bürgerinnen und Bürger Leverkusens darüber entscheiden.
5. Weitere konkrete Überlegungen insbesondere im Hinblick auf eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit, werden die Freien Wähler OWG-UWG am nächsten Wochenende im Rahmen ihrer Haushaltsklausur anstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Winfried Osthoff

(Fraktionsgeschäftsführer)